

Antrag Nr. 11-O-08-0031

Alle im Ortsbeirat vertretenen Parteien

Betreff:

Neues Konzept für das Haus der Vereine (SPD, CDU, FDP, Die Linke)

Antragstext:

Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen:

Der Ortsbeirat nimmt den Sachstandsvermerk des Geschäftsführers der Interessen-Gemeinschaft Bierstadter Ortsvereine (IG) vom Juli 2011 zum Nutzungskonzept "Haus der Vereine" in der ehem. Robert-Koch-Schule, Venatorstr. zur Kenntnis.

Der Ortsbeirat erklärt sich grundsätzlich bereit, auch für das neue Konzept Mittel aus der Umverteilung des Bürgerhaushaltes (2 x 32000 Euro) zur Finanzierung von Umbaumaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Der Ortsbeirat erklärt sich darüber hinaus grundsätzlich bereit, nach Prüfung eines gestellten Antrages weitere Verfügungsmittel für das „Haus der Vereine“ zu bewilligen.

Der Ortsbeirat wird die Mittel erst dann endgültig freigeben, wenn absehbar ist, dass das Konzept in der vorliegenden Form umgesetzt werden kann. Er hält dies für gegeben, wenn

- a) die Verhandlungen zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und dem Büro Schön/Rückholdt abgeschlossen sind und ein unterschriftsreifer Vertrag vorliegt,
- b) die Modalitäten für die Übernahme der Räumlichkeiten zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und der IG abschließend geklärt sind und der ausgehandelte Vertrag dem Ortsbeirat zur Kenntnis gegeben wird,
- c) die Kosten, die über die IG für die Vereine für Umbaumaßnahmen aufzubringen sind, ermittelt sind und die IG dem Ortsbeirat ein Finanzierungskonzept vorlegt.

Die ständigen Nutzer sollten gegenüber der IG schriftlich ihre Bereitschaft erklären, ihren Anteil an den Betriebskosten aufzubringen.

Da ein Teil der zur Verfügung stehenden Mittel zum Ende des Jahres verfällt, bittet der Ortsbeirat um Klärung der oben genannten Punkte möglichst bis zur Ortsbeiratssitzung Ende September. Sollte die Klärung nicht bis zu diesem Termin erfolgen, behält sich der Ortsbeirat vor, die Mittel anderweitig zu verwenden.

Bei dem Nutzungskonzept für die Hoffläche sollten auch die Interessen der Evangelischen Kirchengemeinde geprüft und gegebenenfalls berücksichtigt werden.

Wiesbaden, 08.08.2011